

ANDREAS MATTFELDT McB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

letzte und diese Woche ist wieder einiges geschehen. Vieles Positives, aber auch einiges weniger Schönes. Zu den schönen Sachen zählte ohne Zweifel die Teamklausur, die ich mit meinem Büro letzte Woche auf Usedom hatte. Auch den Besuch der Oberschule Dörverden bei mir in Berlin diese Woche zähle ich natürlich dazu sowie die Bundesmittel, die unser Landkreis Osterholz-Scharmbeck für das Projekt „KSI: Errichtung von Fahrradabstellanlagen im Rahmen der Bike-Ride-Offensive“ erhalten wird.

Weniger positiv sehe ich die Abschaltung der Atomkraftwerke am 15. April. Mehr dazu und den anderen Themen aber später.

Bevor Sie mit dem Lesen der Rubriken anfangen, möchte ich Sie noch besonders auf die aktuell laufende Nominierung von Pflegeprofis für den Wettbewerb „Deutschlands beste Pflegeprofis“ hinweisen. Weitere Infos finden Sie direkt hierunter. Es wäre mir

eine Herzensangelegenheit, wenn Sie sich hieran beteiligen. Der Wettbewerb kann nicht die Belastungen der Pflegekräfte aufwiegen, aber kann dennoch ein schönes Zeichen setzen und hilft, das Thema weiter auf der Agenda zu behalten.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Andreas Mattfeldt

FOTO DER WOCHE



Teamfahrt nach Usedom

Einmal im Jahr nehmen wir uns mit dem Team eine Auszeit und verlassen für ein paar Tage das Berliner Regierungsviertel.

Mit einer Menge Arbeit im Gepäck ging es dieses Jahr für 4 Tage nach Swinemünde. Die ersten Vorbereitungen für den Haushalt 2024 haben wir bereits erarbeitet. Auch ein Plan für die aus unserer Sicht großen politischen Schwerpunkte für das Wirtschaftsministerium und der Energiepolitik sind entwickelt. Robert Habeck wird das zwar nicht interessieren, aber

wir wollen eine Alternative zum derzeitigen Kurs der Ampel aufzeigen.

Übrigens: Es ist beeindruckend, wie hier auf Usedom der deutsche und polnische Teil touristisch entwickelt und zusammengewachsen ist.

Die Teamfahrt wurde natürlich nicht aus dem Bundeshaushalt, sondern privat bezahlt.

INFORMATION DER WOCHE



Deutschlands bester Pflegeprofi könnte aus unserer Region kommen!

In dieser Woche möchte ich auf einen tollen Wettbewerb hinweisen, der die Pflegekräfte in unserem Land in den Fokus rückt. Unter dem Motto „Deutschlands beste Pflegeprofis“ kann man noch bis zum 30. April Pflegekräfte aus der Region für den Online-Wettbewerb mit einer persönlichen Botschaft auf www.pflegeprofis.de nominieren.

Egal, ob man selbst Patient, Pflegebedürftiger, Angehöriger, Kollege oder Freund oder Freundin ist, jeder kann für diesen

Wettbewerb eine besondere Person ins Rennen schicken.

Ich finde das eine tolle Möglichkeit der Wertschätzung für unsere rund 1,7 Millionen Pflegekräfte. Es würde mich natürlich besonders freuen, wenn auch die ein oder andere Nominierung aus unserer Region käme, denn wir haben viele großartige Einrichtungen mit tollen Mitarbeitern. Dem Gewinner winkt eine Siegerprämie von 5.000 Euro.

THEMEN DER WOCHE

Steueraffäre Scholz-Warburg aufklären – Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Das Agieren der Freien und Hansestadt Hamburg unter der Verantwortung des damaligen Ersten Bürgermeisters, späteren Bundesfinanzministers und jetzigen Bundeskanzlers Olaf Scholz in der Steueraffäre um die M.M.Warburg & CO Bank wirft schwerwiegende Fragen und Widersprüche auf. Diese offenen Fragen und Widersprüche in der Steueraffäre Scholz-Warburg bedürfen endlich der Klärung. Wie konnte es in Hamburg beinahe zu einer Verjährung von erheblichen Steueransprüchen gegen die M.M.Warburg & CO Bank kommen? Viel zu lange tappen Öffentlichkeit und Bundespolitik in dieser Steueraffäre bereits im Dunkeln. Der Sachverhalt – auch zu finanziellen Lasten des Bundes – bedarf der Aufarbeitung in einem Untersuchungsausschuss auf Bundesebene. Zu klären sein wird insbesondere, wer wann mit wem gesprochen hat, sowie welche Entscheidungen und etwaige politische Einflussnahmen erfolgt sind.

Aktuelle Stunde zur Weiternutzung der Kernkraft: Für eine zuverlässige und klimafreundliche Energieversorgung in Krisenzeiten

Am 15. April 2023 sind die letzten drei deutschen Kernkraftwerke vom Netz gegangen. Die Strompreise in Deutschland gehören schon jetzt zu den höchsten aller Industrieländer. Verbraucher und Industrie ächzen unter hohen Energiekosten. Statt Kernkraft wird in Deutschland verstärkt Stein- und besonders klimaschädliche Braunkohle zur Stromerzeugung genutzt. Zudem wird Strom importiert, u.a. aus französischen Kernkraftwerken und polnischen Braunkohlekraftwerken. Die Entscheidung der Bundesregierung zum Aus für Kernkraft ist in der jetzigen Lage falsch. Ein befristeter Weiterbetrieb der Kernkraftwerke bis zum Ende der infolge des russischen Angriffskriegs aufgetretenen Energiekrise wäre die richtige Antwort gewesen. Entgegen ihrer Beteuerungen unternimmt die Bundesregierung nicht alles, um sich durch den nächsten Winter zu kommen. Im Gegenteil: Mit ihrer ideologischen Energiepolitik gefährdet sie Arbeitsplätze, die Versorgungssicherheit und den Klimaschutz. Wir sind der festen Überzeugung, dass Forschung und Entwicklung von Kerntechnik und Kernfusion in Deutschland weiter möglich sein müssen.

Geregeltes Verfahren zur Einstufung sicherer Herkunftstaaten einführen

Derzeit erlebt Deutschland eine erneute Migrationskrise: Im Jahr 2022 wurden 244.132 Asylanträge verzeichnet, allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres kamen weitere 87.777 Asylanträge hinzu. Darunter sind viele Asylanträge, die von vornherein sehr geringe Erfolgsaussichten haben. Diese Anträge sollen daher zügiger bearbeitet und entschieden werden können. Nationales und europäisches Recht (Artikel 16a Absatz 3 des Grundgesetzes und europäisches Recht, Artikel 36, 37 und Anhang I der EU-Richtlinie 2013/32/EU) bieten hierzu eine Möglichkeit: Die Einstufung von Staaten als sichere Herkunftstaaten. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb, für die Zukunft ein regelmäßiges und geordnetes Verfahren zur Einleitung der erforderlichen Prüfung zur Einstufung sicherer Herkunftstaaten in allen Zügen anzustreben. Entsprechende Prüfungen sollten nicht erst bei Auftreten von Problemlagen, sondern im Regelfall im Zuge eines geordneten Verfahrens erfolgen. Darüber hinaus fordern wir, dass die Grünen ihre Blockade im Bundesrat aufgeben: Der im Januar 2019 vom Deutschen Bundestag beschlossene Einstufung Georgiens sowie der drei Maghreb-Staatsen Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer muss der Bundesrat nach mehr als drei Jahren endlich zustimmen.

Wirtschaftsstandort Deutschland stärken, Wirtschaft unterstützen – Abbau überflüssiger und belastender Bürokratie

Wirtschaftsstandort Deutschland stärken, Wirtschaft unterstützen – Abbau überflüssiger und belastender Bürokratie. Der Normenkontrollrat hat festgestellt: Die deutsche Wirtschaft sieht sich mit weiter steigenden Belastungen durch Bürokratie gegenüber. Der sogenannte Erfüllungsaufwand ist im Zeitraum 2021/22 von rund 6,7 auf etwa 17,4 Milliarden Euro angestiegen (Jahresbericht 2022, Seite 4). Dieser Anstieg für unsere Unternehmen fällt deutlich höher aus als in den Jahren zuvor. Eine Steigerung verbleibt selbst nach Abzug der durch die Mindestlohnentwicklung verursachten Mehrkosten. Überbordende Dokumentations-, Melde- und Aufbewahrungspflichten, lange Verfahrensdauern sowie Vollzugs- und Umsetzungsprobleme in

Behörden belasten unsere Wirtschaft. Dies betrifft alle Bereiche, vom Selbstständigen bis hin zu großen Unternehmen. Das schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland und kostet Unternehmen unnötig Geld, Zeit, Nerven und Personal. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb: In diesem Jahrzehnt müssen wir es schaffen, dass sich die Wirtschaft mehr auf ihr Kerngeschäft konzentrieren, neue Ideen umsetzen und Arbeitsplätze sichern kann. Behördenkommunikation und das Ausfüllen von Formularen dürfen nicht Überhand nehmen. Der Bürokratieabbau ist und bleibt eine Daueraufgabe. Er kostet wenig, kann erhebliche Erleichterungen bringen und wirkt wie ein Konjunkturprogramm. Richtig gemacht, kann er gerade in Krisenzeiten einen Beitrag zur Entfesselung der deutschen Wirtschaft und damit zu neuem Wirtschaftswachstum sowie für mehr Klimaschutz leisten.

Lebensmittelverschwendung wirksam verringern – Lebensmittelspenden fördern

Bundesernährungsminister Özdemir agiert beim Thema Lebensmittelverschwendung mutlos und hat keine Ideen, wie Lebensmittelverschwendung wirksam verringert werden kann. Mit unserem Antrag Lebensmittelverschwendung wirksam verringern – Lebensmittelspenden fördern fordern wir deshalb, die Arbeit der Tafeln besser zu unterstützen sowie wirksame Maßnahmen zu ergreifen, damit die Verschwendung von Lebensmitteln, insbesondere in Privathaushalten, reduziert wird. Hierzu soll zum Beispiel das Mindesthaltbarkeitsdatum reformiert werden, damit Verbraucher dieses Datum nicht als starres Wegwerfdatum verstehen, sondern Lebensmittel achtsam behandeln, die oft noch länger gut sein können (z.B. Joghurt).

Gigabit auf die Schiene bringen – Maßnahmen für einen besseren Mobilfunkempfang im Zug

Unterbrochene Telefonate, ruckelnde Streams und schlechter Empfang prägen das Bild der Mobilfunkversorgung im Zug. Mobiles Arbeiten wird oft unmöglich, ebenso wie die Nutzung von digitalen Reisehaltungsangeboten. Dies schmälert die Attraktivität des Reisens mit der Bahn erheblich. Die Erwartungen, die bei vielen Bahnkunden mit der korrekten Erfüllung der Versorgungsaufgaben an der Strecke einhergehen, bleiben in der Praxis daher oft unerfüllt. In unserem Antrag stellen wir deshalb mehrere Forderungen auf, um schnelles Internet endlich in die Züge zu bringen. So soll die Bundesregierung einen Zeitplan für die langfristige Um- und Ausrüstung der Züge mit mobilfunkdurchlässigen Scheiben vorlegen, eine Erhöhung der Repeater in den Zügen für alle nach 2015 hinzugekommenen Frequenzen vorsehen, ein Gigabit-Netzwerk in allen Zügen anzustreben. Darüber hinaus soll die Bundesregierung die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, um im Rahmen künftiger Mobilfunkfrequenzvergaben technische Parameter zur Präzisierung von Versorgungsaufgaben stärker auf Nutzungsanforderungen und Nutzererlebnis auszurichten.

Potentiale der Digitalisierung jetzt nutzen – Smart Cities und Smarte Land-Regionen voranbringen

Die Potentiale von smarten Städten und smarten Regionen sind immens. Die Ampelregierung lässt jedoch Visionen und konkreten Gestaltungs- und Umsetzungswillen vermissen. Länder und Kommunen kritisieren das zögerliche Vorgehen, das Fehlen einer klaren, nachvollziehbaren Strategie – insbesondere für die ländlichen Räume – die fehlende Auswertung der Erfahrungen aus den Modellprojekten der Smart Cities sowie das Fehlen von technischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Vernetzung und den Austausch von Kommunen. Mit unserem Antrag fordern wir daher eine Reihe von Maßnahmen, um die Potentiale von smarten Städten und Regionen besser auszunutzen. Dies betrifft die Evaluation des Smart Cities Programms, die Stärkung der Kooperation mit Ländern und Kommunen in den Bereichen Smart Cities und Smart Regions, die Definition weiterer Modellregionen, das Vorlegen eines Smart-City-Stufenplans sowie der Aufbau eines Smart City-Kompetenzzentrums. Darüber fordern wir einen schnelleren Breitbandausbau, bessere Vernetzung und Zusammenarbeit der Kommunen und Länder, mehr Reallabore und Experimentierräume und die Förderung von Smart City Lösungen für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft.

WAHLKREIS AKTUELL



Oberschule Dörverden bei mir zu Besuch in Berlin

Mittwoch hat mich die Klasse 9c der Oberschule Dörverden hat im Rahmen ihrer Klassenreise in die Bundeshauptstadt besucht. In Angliederung an einen Informationsvortrag im Plenarsaal über die Arbeitsweise des Bundestages habe ich mich mit den 18 Schülerinnen und Schüler zu einem persönlichen Gespräch und einer anschließenden Führung durch das Paul-Löbe-Haus, in dem die Ausschussarbeit des Parlaments stattfindet, getroffen.

Die Schüler hatten viele Fragen mit nach Berlin gebracht, über die wir in lockerer Atmosphäre reden konnten. Dabei ging es neben aktuellen Themen rund um die Energieversorgung Deutschlands unter anderem auch um die Frage, warum es in Deutschland heutzutage so viele verschiedene Führerscheinklassen gibt. Das liegt heute zum großen Teil an der Verantwortung für die unterschiedlichen Fahrzeuge, die sich in den letzten Jahren stark verändert haben.

Die Klasse war hervorragend vorbereitet und hat gezeigt, wie interessiert junge Leute an aktuellen Themen aus der Politik sind. Ich freue mich ja immer sehr über Besuche aus meinem Wahlkreis!



Oberschule Dörverden bei mir zu Besuch in Berlin

Die Stadt Osterholz-Scharmbeck erhält 290.300 Euro aus der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) für das Projekt „KSI: Errichtung von Fahrradabstellanlagen im Rahmen der Bike-Ride-Offensive“.

Als Wahlkreisabgeordneter und zuständiger Berichterstatter für das Wirtschaftsministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages bin ich hoch erfreut über die Förderung aus dem Bundeshaushalt, die die Stadt Osterholz-Scharmbeck erhält. Leider steht noch nicht konkret fest, wann und über welchen Zeitraum die Gelder fließen werden. Hier ermahne ich das BMWK, die Förderbescheide zügig zu erteilen. Ich bin davon überzeugt, dass durch die neuen Fahrradabstellanlagen die Attraktivität, den "Drahtesel" in Verbindung mit dem ÖPNV zu nutzen, deutlich steigen wird. Davon werden insbesondere die Pendler in unserer Region profitieren, die täglich zur Arbeit pendeln und nach einem harten Arbeitstag ohne große Umstände in den verdienten Feierabend kommen wollen. Das Projekt zeigt, dass sich Infrastrukturmaßnahmen und Umweltschutz nicht einander ausschließen müssen!

Seit 2008 wurden aus der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI), die das BMWK bewirtschaftet, bereits über 45.000 Klimaschutzprojekte in ganz Deutschland gefördert. Allein für das Jahr 2023 hat der Haushaltsausschuss rund 354 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

TERMINE UND AUSBLICK IM BUND

- 16.-18. April: G7-Außenministertreffen in Sapporo, Japan
- 18. April: BK Scholz empfängt Bundespräsidenten der Schweiz Berset
- 18. April: EU-Kommission legt Cyber-Paket und Bankenpaket vor
- 19. April: Gedenkfeier zum 80. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto mit BPräs Steinmeier, ISR-Präsident Herzog auf Einladung des POL-Präsidenten Duda
- 19. April: BK Scholz zu Besuch in Portugal, Treffen mit Ministerpräsident Costa,
- 20. April: BK Scholz nimmt am "Major Economies Forum on

Energy and Climate" auf Einladung von US-Präsident Biden teil

- 20.-21. April: Familienunternehmertage mit BK Scholz, BM Lindner und BM Habeck,
- 21. April: 4. Treffen der US-geführten „Kontaktgruppe zur Verteidigung der Ukraine
- 21.-23. April: FDP-Bundesparteitag mit Wahl der Parteipräzise
- 23. April: SPD-Berlin gibt Ergebnis der Mitgliederbefragung zum Koalitionsvertrag mit der CDU bekannt